

Presseerklärung:

Kein Handlungsbedarf für ein Bürgerbegehren im Kommunalwahlkampf

Die Parteien in Mülheim haben sich hinsichtlich der Flughafenfrage bereits seit langem klar positioniert. Im Rahmen der Kommunalwahl haben die Bürger die Möglichkeit zu entscheiden, welcher Partei sie ihre Stimme geben, was den üblichen demokratischen Gepflogenheiten entspricht.

Im Falle eines Bürgerbegehrens zum Thema Flugplatz Essen/Mülheim wären gleichermaßen die Essener Bürger ebenso wie die Mülheimer Bürger zu beteiligen. Dabei trifft das von der FDP jetzt angestrebte Bürgerbegehren in Mülheim auf eine parteiübergreifende, eindeutige politische Mehrheit. Und in Essen auf einen einstimmigen, klar formulierten Ausstiegsbeschluss aller politischen Parteien

Wir sehen rechtliche Bedenken hinsichtlich dieses Bürgerbegehrens, das bei eindeutigen politischen Mehrheiten und einem klarem Ausstiegsbeschluss der Stadt Essen kurz vor dem Kommunalwahlkampf betrieben werden soll.

Es ist schon bemerkenswert, dass die FDP, die im Rat an den Entscheidungen beteiligt ist, mangels eigener Themen auf einem Bürgerbegehren herumreitet, obwohl sie seit über 20 Jahren keinen ernsthaften materiell-konstruktiven Vorschlag zum Flugplatz Essen/Mülheim eingebracht hat.

Aus unserer Sicht wäre es vielmehr wünschenswert, wenn sich die FDP damit profiliert, alle Anstrengungen auf eine qualitativ hochwertige Entwicklung des interkommunalen Büro und Gewerbeparks zu legen, z.B. in der Diskussion über die Standortfrage der neuen Fachhochschule, anstatt das Thema Flugplatz Essen/Mülheim für oberflächliche Wahlkampfzwecke zu missbrauchen.

Netzwerksprecher

Waldemar Nowak